



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

die ersten zwei Sitzungswochen im neuen Jahr liegen hinter uns. Für mich als sportpolitische Sprecherin war natürlich viel Neues dabei. Meine Mitarbeiter\*innen und ich haben uns in sportpolitische Themen reingefuchst, erste Kontakte zu den großen Sportverbänden aufgenommen, einige Journalistenfragen beantwortet, uns mit den Koalitionspartnern abgestimmt und gemerkt, was eine Führungsaufgabe in der Fraktion bedeutet, nämlich sich um alles zu kümmern. Klingt nach viel Arbeit, aber es ist natürlich auch interessant, neue Menschen kennenzulernen und sich neuen Themen zu widmen! Zum Beispiel geht es um die Frage, ob ein politischer Boykott der olympischen und paralympischen Spiele aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in China sinnvoll ist? Hierzu später mehr. Ich werde euch wie immer auch über diesen Themenkomplex weiter auf dem Laufenden halten. Denn Sport sollte möglichst jede\*n von uns im Leben begleiten, er hält uns fit, fördert soziale Kontakte und bringt bei manchen den Puls zum Beben, wenn der BVB spielt oder unsere Athlet\*innen sich im Wettkampf messen.

## *Das ändert sich 2022*

Ein neues Jahr bringt auch gesetzliche Neuerungen mit sich und dieses Jahr ist einiges Gutes mit dabei! Die wichtigsten Änderungen fasse ich im Folgenden für euch zusammen:

- Azubis erhalten endlich mehr Geld: Nämlich mindestens 585 €! Im Jahr 2023 wird die Mindestvergütung schließlich auf 620 € erhöht.
- Der Mindestlohn ist am 1. Januar planmäßig auf 9,82 € angestiegen und wird im Juli auf 10,45 € angehoben. Im Oktober setzen wir unser Wahlversprechen um und erhöhen den Mindestlohn auf 12 €!
- Das neue Tierschutzgesetz mit dem Verbot des Tötens männlicher Küken ist zum Jahreswechsel in Kraft getreten.
- Wichtige Änderungen im Umweltschutz: Die Plastiktüte im Supermarkt darf nicht mehr angeboten werden und fast alle Getränkedosen sowie Einwegflaschen aus Kunststoffen werden mit 25 Cent Pfand belegt.
- Verbesserungen für Verbraucherinnen und Verbraucher: Kund\*innen profitieren nun von längeren Gewährleistungsrechten. Außerdem werden Verträge leichter kündbar: Nach einer automatischen Vertragsverlängerung sind ab März 2022 Kündigungen monatlich möglich.

---

## *Impfpflicht-Debatte hat begonnen*

Kaum ein Thema wird in den letzten Wochen so kontrovers diskutiert wie die Impfpflicht. Gestern gab es dazu eine mehrstündige Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag. Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Diskussionen gar nicht gebraucht hätten, weil sich mehr Menschen von sich aus für eine Impfung entschieden hätten. Doch leider sind unter den 69,4 Millionen Erwachsenen laut Robert-Koch-Institut (RKI) 15 Prozent nicht geimpft. Das sind zu viele, als dass wir zur Normalität zurückkehren könnten – auch mit Blick auf den kommenden Winter.

Aktuell werden drei Ansätze diskutiert: eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren, eine Impfpflicht für Personen über 50 oder keine Impfpflicht. Im Februar werden wir erste konkrete Entwürfe im Plenum beraten, bevor dann voraussichtlich im März eine Entscheidung getroffen werden kann.

---

## *Neue Quarantäneregeln*

Die Omikron-Variante dominiert nun auch in Deutschland und sorgt für rasant steigende Infektionszahlen. Mit den neuen Quarantäne- und Isolationszeiten werden wir dem veränderten Krankheitsverlauf und der kürzeren Infektionszeit der Variante gerecht: Die meisten Ansteckungen finden nun früh im Krankheitsverlauf statt und das Ansteckungsrisiko nimmt schnell wieder ab.

Deshalb können sich Erkrankte und Kontaktpersonen bereits nach sieben Tagen aus der Quarantäne beziehungsweise Isolation freitesten – dazu reicht auch ein offizieller Schnelltest. Beschäftigte im Pflegebereich benötigen zum Freitesten allerdings ein PCR-Test-Ergebnis und dies auch erst nach 48 symptomfreien Stunden. Regulär endet die Quarantäne nun nach zehn Tagen.

Geboosterte und „frisch“ doppelt Geimpfte/Genesene müssen als Kontaktperson gar nicht in Quarantäne. Mit diesen neuen Regelungen können wir auch bei hohen Infektionszahlen die kritische Infrastruktur, also zum Beispiel Polizei, Feuerwehr und auch den Lebensmitteleinzelhandel, aufrechterhalten.

---

## *Aktuelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie*

Anfang der Woche hat die Bund-Länder-Konferenz beschlossen, dass der bisherige Kurs im Kampf gegen Omikron fortgesetzt werden soll und die Corona-Regeln im bisherigen Umfang bleiben.

Zugegeben, es ist manchmal gar nicht so einfach, den Überblick über die aktuell geltenden Maßnahmen zu behalten. Daher hier eine kurze Zusammenfassung der Regeln in NRW:

- Kontaktbeschränkungen: Private Zusammenkünfte, an denen ausschließlich Geimpfte oder Genesene teilnehmen, können mit insgesamt bis zu 10 Personen stattfinden. Achtung: Menschen, die weder vollständig geimpft noch genesen sind, dürfen sich mit maximal zwei Personen eines weiteren Haushalts treffen.
- Die medizinische Maskenpflicht gilt weiterhin im ÖPNV, im Handel und in der Gastronomie, im Freien in Warteschlangen und Verkaufsständen sowie bei Veranstaltungen und Versammlungen.

- Zugang zur Gastronomie und Sport in Innenräumen nur mit 2G-Plus-Nachweis, d.h. Grundimmunsierung (zweifach geimpft oder genesen) + Test oder Boosterimpfung.
  - Anwendung der 2G-Regeln in zahlreichen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, z. B. im Handel (Ausnahme: Geschäfte des täglichen Bedarfs), beim Kino-, Theater- oder Friseurbesuch.
  - Zuschauerobergrenze von 750 Personen bei Großveranstaltungen und Fußballspielen.
- 

## *Rechtsextremismus bekämpfen!*

Unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat in der ersten Sitzungswoche des Bundestags ihre Pläne vorgestellt: Unter anderem soll ein Aktionsplan gegen Rechtsextremismus bis Ostern vorgelegt werden. Ziel des Plans ist es, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen und Extremisten die Waffen zu entziehen. Auch gegen Hass und Hetze im Netz soll stärker vorgegangen werden! Mit einem Demokratiefördergesetz soll gleichzeitig Bildungsarbeit und Prävention gegen Rechtsextremismus gestärkt werden. Gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst wird künftig auch härter durchgegriffen: Extremistische Äußerungen von Beamten sind nicht tolerierbar. Die ersten Amtshandlungen der Innenministerin richten sich direkt gegen die größte Bedrohung unserer Gesellschaft und das ist auch richtig so!

---

## *Mehr für den Klimaschutz*

Unser Ziel steht fest: Bis 2045 wollen wir die Klimaneutralität erreichen! Das bedeutet aber auch, dass wir in diesem Jahrzehnt die Geschwindigkeit des CO<sub>2</sub>-Abbaus im Vergleich zu den 2010er-Jahren verdreifachen müssen. Die Bundesregierung möchte den Ausbau der erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne massiv beschleunigen.

Unter der neuen Führung erkennt das Bundeswirtschaftsministerium endlich den hohen Anstieg des Strombedarfs bis 2030 an. Ich freue mich, dass die Regierung und die Regierungsfractionen in Sachen Ausbau der Erneuerbaren an einem Strang ziehen: Wir werden die Ausschreibungsmengen für erneuerbaren Strom erhöhen und die Genehmigungsverfahren vereinfachen. Außerdem sieht das „Wind-an-Land-Gesetz“ zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft vor. Viele dieser und weitere Maßnahmen sollen bis April in einem „Klimaschutz-Sofortprogramm“ im Kabinett beschlossen und daraufhin im Bundestag beraten und verabschiedet werden.

---

## *§219a StGB wird endlich gestrichen*

Der Paragraph 219a des Strafgesetzbuchs stellt Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft unter Strafe. Im Jahr 2019 haben wir die Norm zwar etwas gelockert, doch das Veröffentlichen von beispielsweise Informationen über die Methoden des Abbruchs auf der eigenen Homepage blieb verboten.

Wir werden diesen Paragraphen nun endlich ganz streichen, da Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche informieren können sollten, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Mit der Streichung stärke

ken wir das Informationsrecht der Frauen! Ein entsprechender Referentenentwurf wurde vom Justizministerium vorgelegt und wird nun im Kabinett und anschließend im Bundestag beraten werden. Mit der Union war dieser Schritt bislang nicht möglich.

---

## *Lasst die Spiele beginnen oder eher nicht?*

Am 4. Februar beginnen die olympischen Winterspiele in China, einen Monat später folgen die Winter-Paralympics. Ein Großereignis für jede\*n Sportler\*in, der/die teilnehmen darf und sich Jahre darauf vorbereitet hat. Auch für Couchsportler\*innen ist es ein Ereignis, dem man gerne am Fernseher folgt. In den letzten Wochen wird aber die Kritik am Austragungsland China immer stärker, u.a. an den vielfältigen Menschenrechtsverletzungen. Auch der Eingriff in die Natur zum Sportstättenbau wird kritisiert. Das führte zu der Frage, ob Deutschland diese Spiele boykottieren soll? Die Sportpolitiker\*innen der SPD haben sich zusammen mit den zuständigen Kolleg\*innen für Menschenrechte und für Außenpolitik sowohl gegen einen sportlichen als auch einen politischen Boykott entschieden. Dabei versäumen wir nicht, die systematischen und schweren Menschenrechtsverletzungen Chinas auf das Schärfste zu verurteilen. Aber wir sind der Meinung, dass der Fehler bei der Vergabe internationaler Spiele liegt. Hier muss frühzeitig angesetzt und die Vergabe an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards geknüpft werden. Dafür wollen wir in Zukunft zusammen mit den deutschen Sportverbänden sorgen.

---

So, ab geht es nach Hause. Berlin ist spannend, aber zuhause ist es doch am schönsten. Manchmal versuche ich im Zug schon abzuschalten, häufig fahren aber auch Kolleginnen und Kollegen mit, sodass es zu dem ein oder anderen Punkt noch eine Zugnachbesprechung gibt. Man ist ja in Berlin häufig mit den gleichen Leuten aus seinen Arbeitsgruppen zusammen und selbst meinen Wahlkreiskollegen Jens Peick sehe ich manchmal erst im Zug wieder. Da können wir dann gemeinsame Termine in Dortmund abstimmen und auch mal privat plauschen. Bin gespannt, ob ich ihn gleich treffe!

Euch ein schönes Wochenende!

Bis bald

Eure

*Sabine*